

Antrag

der Abgeordneten Cornelia Pieper, Uwe Barth, Miriam Gruß, Sibylle Laurischk, Patrick Meinhardt, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Harald Leibrecht, Michael Link (Heilbronn), Detlef Parr, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Martin Zeil, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Voraussetzungen für Entwicklung, Bau und Betrieb einer Europäischen Spallations-Neutronenquelle in Deutschland schaffen – Deutsche Bewerbung vorantreiben

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Europäische Union hat sich auf der Ratstagung am 24. März 2000 das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Erde zu werden. Hierfür sollen dann jährlich 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Forschungszwecke verwendet werden.

Ohne einen starken Beitrag Deutschlands, der größten Volkswirtschaft innerhalb der EU, wird Europa das Ziel verfehlen.

Es hängt wesentlich davon ab, ob Deutschland in diesem Prozess seine Verantwortung wahrnimmt und richtungweisende Ziele, so auch für die Entwicklung der Forschungsinfrastruktur im eigenen Land definiert und seine entsprechenden Mittel für Forschung und Entwicklung (FuE) tatsächlich schrittweise erhöht. Es ist bereits sehr viel Zeit vergangen, ohne das sich die FuE-Aufwendungen von Wirtschaft, Bund und Ländern entscheidend erhöht haben.

Die neue Bundesregierung steht heute vor der Aufgabe, Deutschland im Wettbewerb um Innovationen, Investitionen, Wachstum und Beschäftigung wieder zu einer der führenden Nationen zu entwickeln.

Für die Weiterentwicklung der natur- und technikwissenschaftlichen Forschung ist es ein dringliches Erfordernis, auf eine Infrastruktur von leistungsfähigen Großgeräten zurückgreifen zu können, die es letztlich auch ermöglichen komplexe dynamische Prozesse besser zu verstehen.

Die Methoden der Neutronenstreuung sind heute unverzichtbare Verfahren zur Erforschung der atomaren und molekularen Details aller Materialien und Stoffe einschließlich der lebenden Materie. Neutronen liefern der Forschung einzigartige Informationen darüber, wo Atome sind und wie sie sich bewegen.

In diesem Zusammenhang tritt die Forderung der Wissenschaft nach einer leistungsstarken Neutronenquelle immer stärker in den Vordergrund.

Die Europäische Spallations-Neutronenquelle (European Spallation Source-ESS) ist eine solche Einrichtung.

Da es sich hierbei um ein europäisches Projekt und gleichzeitig um die weltweit leistungsfähigste Neutronenquelle handelt, werden Wissenschaftler aus aller Welt die Anlage nutzen. Der ESS-Council rechnet mit 4 000 internationalen Gastwissenschaftlern pro Jahr, die entweder für wenige Tage und Wochen, aber auch oft für einen längeren Zeitraum Messzeiten an der ESS im wissenschaftlichen Wettbewerb erhalten.

Die ESS könnte bereits 2012 ihren Betrieb aufnehmen und ist für eine Mindestbetriebsdauer von 40 Jahren konzipiert. Die in dieser Zeit anfallenden Betriebskosten in Höhe von 150 Mio Euro pro Jahr werden etwa zu drei Viertel in der Region wirksam; für die Energie, Wasserversorgung, Verkehrsmittel, den Wohnungsmarkt, Freizeit- und Kultureinrichtungen. Nicht zuletzt profitieren auch die kommunalen Haushalte von einem erhöhten Steueraufkommen.

Bereits im Jahr 1998 hat das Megascience Forum der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) den Bau von Spallations-Neutronenquellen im Megawattbereich in den drei Weltregionen Asien, Nordamerika und Europa empfohlen. Dieser Empfehlung wurde auf einem OECD-Ministertreffen, an dem auch Deutschland teilgenommen hat, im Jahr 1999 zugestimmt.

Japan und die USA haben die Empfehlung aufgegriffen und den Bau derartiger Neutronenquellen bereits weit vorangetrieben. Das Prinzip dieser Geräte basiert weitgehend auf den in Europa entwickelten Konzepten.

Die Bewerberländer und die mit ihnen zusammenarbeitenden Forschungseinrichtungen sowie der Wissenschaftsrat haben sich im Dezember 2002 auf ein Verfahren geeinigt, das zum Ziel hat, einen gemeinsamen Antrag der drei Bewerbungsländer Sachsen-Anhalt, Sachsen und Nordrhein-Westfalen zur erneuten Begutachtung der ESS beim Wissenschaftsrat vorzulegen.

Sowohl Nordrhein-Westfalen als auch Sachsen und Sachsen-Anhalt halten an ihren Standortbewerbungen für die ESS fest. Die Koalitionsvereinbarungen zwischen CDU, CSU und SPD heben den Willen der Koalitionäre, in den neuen Bundesländern ein neues Großforschungsgerät anzusiedeln hervor.

Sachsen und Sachsen-Anhalt sind zwischenzeitlich dem ESS-Council in Grenoble beigetreten.

Die Entscheidung für eine Europäische Spallations-Neutronenquelle ist eine der wichtigsten Weichenstellungen für die Entwicklung der Forschung am Anfang des 21. Jahrhunderts.

In Brüssel hat sich die Kommission des European Strategy Forum on Research Infrastructures im März 2005 in ihrem Schwerpunktprogramm für die Aufnahme der Spallations-Neutronenquelle, sowie ihren Bau und Betrieb, entschieden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- gegenüber der Europäischen Union den festen Willen zu bekunden, die Europäische Spallations-Neutronenquelle in Deutschland ansiedeln zu wollen;
- ihren Einfluss dahin gehend geltend zu machen, dass das ESS-Projekt in die Großgeräteförderung im Rahmen des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms aufgenommen wird;
- den Wissenschaftsrat (WR) zu beauftragen, ein zweites Begutachtungsverfahren zur Europäischen Spallations-Neutronenquelle durchzuführen. So wird eine erneute Prüfung und unabhängige wissenschaftliche Bewertung des Projekts durch den WR ermöglicht;
- das Verfahren in einem zweistufigen, zeitlich voneinander getrennten Prozess durchzuführen, an dessen Ende erst die Finanzierungs- und die Standortentscheidung stehen;
- den Deutschen Bundestag an Entscheidungsprozessen über Großgeräte der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung und die damit zusammenhängenden forschungs- und haushaltspolitischen Weichenstellungen angemessen zu beteiligen;
- die Ergebnisse der Bewertung durch den WR und die Schlussfolgerungen der Bundesregierung in den zuständigen Parlamentsausschüssen zu erörtern;
- es den Forschungseinrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft freizustellen, die Bewerbungen von Bundesländern wissenschaftlich zu begleiten;
- nach erfolgreicher Begutachtung durch den WR mit dem Bekenntnis zur Standortbewerbung für die ESS ein Signal zu setzen, dass Deutschland seiner Verantwortung für die Weiterentwicklung der Neutronenforschung nachkommt sowie bereit und in der Lage ist den Wissensvorsprung der deutschen und europäischen Forschung gegenüber anderen Weltregionen zu halten und auszubauen.

Berlin, den 12. Januar 2006

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

